

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 11. Sitzung (Sondersitzung) des Rates

vom: **12.01.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **18:10 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen
Stv Becker, Melanie
Stv Bell, Achim
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie
Stv Bleckmann, Lisa
Stv Böcking, Verena
Stv Boller, Joachim
Stv Christian, Thomas
Stv Cziba, Ansgar
Stv Dil, Yilmaz
Stv Eberlein, Birgit
Stv Eckhardt, Klaus
Stv Englert, Franz
Stv Grimm, Benjamin
Stv Grisse, Robert
Stv Groß, Michael
Stv Hähner, André
Stv Harnacke, Maik
Stv Heilmann, Martin
Stv Helm, Martin
Stv Heupel, Rüdiger

Vorsitzender

Stv Hof, Felix
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
Stv Jung, Angela
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Langer, Günther
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schmidt, Lena
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Zöller, Klaus
Stv Dr. Zybill, Christian

Als Zuhörer:

s. B. Hellwig, Raimund
s. B. Dietrich, Eric
s. B. Gieseler, André

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StBR Schumann
StR Fries
VA Helmes
VA Dr. Schutz
VA A. Schneider
VA Krippendorf
StOI Pfeifer
StAR Munker

Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Ludewig, Chiara
Stv Reifenrath, Frank

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

11. Rat 12.01.2022

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

11. Rat 12.01.2022

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen

Antrag der FDP-Fraktion

Vorlage Nr. AT 172/2022

Vorlage Nr. AT 172/2022 A

Nach Auffassung der FDP-Fraktion gibt es nach wie vor Schülerinnen und Schüler, die von den bestehenden Angeboten nicht erreicht wurden, die mit den digitalen Geräten nicht umgehen können oder nicht in der Lage sind, Homeschooling zu betreiben, führt Herr Könen aus. Das kürzlich von der Stadt veröffentlichte Sozialmonitoring hat deutlich gemacht, in welchen Stadtteilen besondere Bedarfe bestehen. Abgesehen davon ist es in Schulen mit einer hohen Schülerfluktuation schwierig, die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Dasselbe gilt für die erwachsenen Teilnehmenden an Deutschkursen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein Lockdown Lernfortschritte vernichtet. Es ist daher dringend nötig, Zusatzangebote vor allem für benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu machen. Hier sollten Schulen, Jugend- und Sozialarbeit enger zusammenarbeiten. Es müssen dringend Ideen umgesetzt werden, die die Nachteile von Schul- und Kita-Schließungen abmildern. Es wäre zum Beispiel denkbar, Lernräume mit bereitgestellten digitalen Arbeitsplätzen und personeller Unterstützung bereit zu stellen und diese Angebote auch anders zu bewerben, denn auch die Schulen haben oft Schwierigkeiten, problematische Elternhäuser zu erreichen. Hier liegt nach Auffassung der FDP-Fraktion eines der Probleme, warum alle die von der Verwaltung aufgezählten Programme von vielen Schülerinnen und Schülern nicht erreicht werden.

Unabhängig von der Zuständigkeit habe die Stadt auch eine sozialpolitische Verantwortung Familien und Kinder zu erreichen, die durch alle Raster fallen. Dies wird in den kommenden Monaten und Jahren eine Aufgabe sein müssen. Daher bittet er um ein klares Signale des Rates unabhängig von einem Lockdown. Wir sind von einer Hauptschule angesprochen worden, die genau dieses Problem haben und gebeten worden, dies vorzutragen.

Als einen weiteren Punkt spricht er das Programm „Extrazeit für schulische Bildung und Betreuung“ an, das nie richtig angezapft wurde. Vielleicht biete dieses Möglichkeiten für Personen, die in der Schule benachteiligt sind weil sie sprachlich und / oder in ihrem sozialen Umfeld nicht klarkommen.

Die CDU-Fraktion erachtet den Antrag als überflüssig und den Vorwurf der Verwaltung gegenüber nicht gerechtfertigt, entgegnet Herr Weber. Die Stadt geht einer Vielzahl von Möglichkeiten nach, die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler zu decken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht in dem Antrag keinen Vorwurf an die Verwaltung, erklärt Herr Kraft, diese ist bereits in vielen Feldern aktiv geworden, wie den Berichten im Schulausschuss zu entnehmen ist. Er versteht den Antrag eher als Ergänzung dahingehend, Informationen auch zu externen Partnern oder unterstützenden Institutionen gebündelt den Schulen zur Verfügung zu stellen. Es sind vielfältige Möglichkeiten der Unterstützung vorhanden, die aber nur bedingt in den Schulen ankommen. Viele der im Antrag genannten Dinge kann die Stadt Siegen nicht selbst bereitstellen, sie sollte aber die Vermittlerrolle nutzen.

Herr Langer schließt sich seinem Vorredner an. Die Schulen sind bei der digitalen Entwicklung auf einem guten Weg, nicht aber die Schülerinnen und Schüler, die zu Hause bleiben und in einem Lockdown unterrichtsmäßig versorgt werden müssen. Daher wird die UWG-Fraktion das Anliegen und auch die Arbeit der Verwaltung unterstützen.

Herr Schmidt verweist verwaltungsseitig zunächst auf die Zuständigkeit der Fachausschüsse hin, wo permanent die entsprechenden Berichte gegeben und Fachdiskussionen geführt werden. Die Verwaltung ist ständig mit den Schulen und allen freien Trägern im Kontakt über die Förder- und sonstigen Unterstützungsprogramme. Insofern ist der Antrag an dieser Stelle nicht nachvollziehbar. Die darin genannten Maßnahmen sind praktisch in Teilbereichen nicht umsetzbar. Wo Einflussmöglichkeiten bestehen, werden diese auch genutzt.

Frau Schneider begrüßt die Vorschläge, die insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien wichtig sind. Als Beispiel nennt sie das Ausleihen von mobilen Endgeräten, damit alle Kinder im Fall eines Lockdowns auch an den schulischen Angeboten teilnehmen können.

Herr Schoew und Herr Könen stellen noch einmal den Handlungsbedarf besonders für Kinder in Familien, wo ein Lernen zu Hause nicht möglich ist, heraus, besonders in der Sorge, dass die Schulen aufgrund des Infektionsgeschehens wieder geschlossen werden.

Für Herrn Pfeifer ist das Anliegen verständlich und das Problem erkannt. Eine Unschärfe in der Diskussion entsteht jedoch, weil die vorgeschlagenen Maßnahmen de facto von der Verwaltung nicht umgesetzt werden können. In den Fachausschüssen ist dem entgegen das Wissen um die Möglichkeiten vorhanden.

Auch Herr Wittenburg ist der Auffassung, dass die Beratung im Ausschuss für Schule und Bildung geführt werden sollte. Der Grundtenor des Problems ist durchaus richtig benannt.

Beratungsergebnis: Überweisung ohne Abstimmung in den Ausschuss für Schule und Bildung

11. Rat 12.01.2022

4. Durchführungsbeschluss für die Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum

Vorlage Nr. VL 559/2021 A

Bürgermeister Mues stellt eingangs heraus, dass aufgrund von zwei differierenden Beschlüssen zum Projekt Bunker Burgstraße eine für die Verwaltung umsetzbare Entscheidung getroffen werden sollte. Er gibt einen umfassenden Rückblick auf die Historie, beginnend im Jahr 2002 mit dem Thema „Erweiterung Siegerlandmuseum“. Seit dem Erwerb der Bunker im Jahr 2017 wurde intensiv an Konzepten gearbeitet, in welcher Weise dort eine Erweiterung und Attraktivierung des Museums realisiert werden kann. Der Grundsatzbeschluss für das Konzept und der Auftrag zur Beantragung von Fördermitteln wurden dann im Juni 2021

gefasst. Als sich herausstellte, dass das Konzept mit den Inhalten der Förderprogramme nicht in Einklang stand wurde nochmals intensiv nachgearbeitet und ein entsprechender, dahingehend konkretisierter Durchführungsbeschluss vorgeschlagen. Ob die Förderanträge positiv beschieden werden, bleibt abzuwarten. Wichtig ist es jedoch, gegenüber den Fördermittelgebern glaubwürdig zu bleiben und grundsätzlich das Vorhaben weiter zu verfolgen.

Das mehrheitliche Votum in der vergangenen Sitzung, die Entscheidung bis zur Haushaltsplanberatung zu verschieben hat in finanzieller Hinsicht keine Bedeutung für den Haushalt 2022, da die Aufwendungen für den laufenden Betrieb keinen Einfluss auf den Ergebnisplan haben und frühestens im Jahr 2026 relevant sein werden. Insofern besteht auch kein Zusammenhang, entgegen diesbezüglicher Behauptungen, mit einer etwaigen Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes.

Nach Auffassung von Herrn Groß ist die Begründung für die Einberufung der Sondersitzung konstruiert und überzeugt ihn nicht. Ungeachtet dessen ist die Vorlage aufgrund der nachgereichten Unterlagen für ihn besser nachzuvollziehen. Maßgeblich sind für ihn folgende Punkte beziehungsweise Fragen:

- Ist das Projekt inhaltlich gewollt? Ja, es leistet einen guten Beitrag zu einer positiven Entwicklung des Museums selbst und auch für die Oberstadt.
- Wie ist das Preis-Leistungs-Verhältnis? Die Aufwendungen für die Umnutzung und städtebauliche Aufwertung eines Bunker-Gebäudes sind generell nachvollziehbar.
- Können die Kosten insgesamt getragen werden? Es ist nicht entscheidend, wann die Kosten anfallen, sondern wie sie aufgebracht werden können. Dabei ist der Investitionsaufwand nicht so relevant wie die Betriebskosten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nicht davon überzeugt, dass diese leistbar sein werden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die eigenen Ingenieurleistungen in dem erforderlichen Umfang erbracht werden können, auch vor dem Hintergrund der insgesamt umzusetzenden Investitionen. Hinzu kommen die aktuell explodierenden Baukosten. Das Argument der Auswirkungen auf das laufende Haushaltsjahr mag aktuell zutreffen, ist aber im Blick auf die kommenden Jahre gleichermaßen zu berücksichtigen.

In der Gesamtschau darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass eine Erweiterung des Siegerlandmuseums nicht nur auf die Stadt Siegen, sondern auf die gesamte Region ausstrahlen wird. Daher sind der Kreis Siegen-Wittgenstein und auch sonstige Dritte, die davon profitieren, hinsichtlich einer Beteiligung an den Betriebskosten in die Verantwortung zu nehmen. Dies zu klären erfordert Zeit. Daher möchte seine Fraktion dafür werben, im Jahr 2023 einen neuen Versuch für das Projekt anzugehen.

Für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Volt, UWG und Linke beantragt er geheime Abstimmung.

Herr Schiltz erklärt, dass die SPD-Fraktion nach wie vor hinter dem Bunker-Projekt steht, unter der Voraussetzung, dass Fördermittel bewilligt werden. Zum einen muss die Stadt Siegen ihr kulturelles Angebote verbessern und einen attraktiven Anziehungspunkt sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Gäste schaffen. Zum anderen kann mit der neuen Nutzung und Gestaltung ein erheblicher städtebaulicher Missetand im historischen Zentrum beseitigt werden. Der Vorschlag, das Projekt zusammen mit dem Haushalt zu betrachten ist sachlich nachvollziehbar. In der vergangenen Sitzung sind aber auch die zeitlichen Probleme in Zusammenhang mit der Antragstellung deutlich geworden und haben sich bewahrheitet.

Daher ist es notwendig, heute die Förderanträge auf den Weg zu bringen, wenn das Projekt weiter verfolgt werden soll.

Die in den vergangenen Diskussionen und Medienberichten angestellten Behauptungen, ein Verzicht auf das Projekt würde die in Rede stehende Erhöhung der Grundsteuer entbehrlich machen ist falsch, da nicht unterschieden wird zwischen Investitionen und konsumtiven Ausgaben, die erst nach Fertigstellung des Vorhabens anfallen würden. Daher appelliert er, die diesbezüglich vorgebrachten Positionen zu überdenken.

Für die SPD-Fraktion beantragt er, die Alternative 2 des Verwaltungsvorschlages zur Abstimmung zu stellen. Ergänzend begrüßt er den Hinweis, beim Kreis und bei privaten Förderern Unterstützung zu suchen.

Für die Volt-Fraktion nimmt Herr Wittenburg Stellung und bringt zunächst seine Wertschätzung für das große Engagement für dieses Projekt zum Ausdruck. Für ihn ist es auch schwierig, die Vielfalt kultureller Angebote zu einer Kostenfrage zu machen. Die finanzielle Situation lässt aber seines Erachtens keine andere Wahl. Zurückblickend auf vergangene Entscheidungen liefen die Diskussionen und der positive Tenor aller Fraktionen zu diesem Projekt immer mit dem Untertitel der Haushaltsverträglichkeit. Diesbezüglich ist auf die nicht absehbaren Folgen der Auswirkungen der Corona-Pandemie zu verweisen. Seine Fraktion steht daher Investitionen mit dauerhaften Folgekosten sehr kritisch gegenüber. In der Konsequenz wird er sich für die erste Alternative des Verwaltungsvorschlages entscheiden und geht davon aus, dass das Votum in der Haushaltsplanberatung gleichermaßen ausfallen wird.

Frau Bialowons-Sting blickt zurück auf die positive Entwicklung kultureller Projekte in den vergangenen Jahrzehnten. Aufgrund seiner Lage an der Burgstraße und der unmittelbaren Nähe zum Oberen Schloss stellt der Bunkerkomplex ein Bindeglied zwischen Markt und Nikolaikirche dar. Als Museum und digitaler Bildungsort wird das Projekt zur Attraktivität beitragen, sich positiv auf die Stadtentwicklung auswirken und Impulse für die gesamte Region Südwestfalen aussenden. Hervorzuheben ist das bisher herausragende bürgerschaftliche Engagement für die Erweiterung des Siegerlandmuseums durch den Förderverein und weitere Spenden. Daher kommt für ihre Fraktion nur die Weiterverfolgung des Projektes in Betracht. Zur Beteiligung an den Folgekosten durch den Kreis oder Dritte sowie die Generierung weiterer Einnahmen stellt sie einige Nachfragen.

Herr Fries erinnert daran, dass die Erweiterung des Siegerlandmuseums schon seit vielen Jahren notwendig und unbestritten ist. Dabei geht es nicht nur um die bauliche Erweiterung zur Präsentation der musealen Objekte. Im Vordergrund steht vielmehr die Vermittlung der eigenen regionalen Industrie- und Heimatgeschichte als einen wichtigen Baustein der Bildungs- und Infrastruktur, der kommenden Generationen als Orientierungs- und Ankerpunkt dienen soll. Die bisherigen Überlegungen zu neuen medialen Darstellungsformen, Beteiligungen und Interaktionen wurden bisher seitens der Politik positiv unterstützt. Er wirbt dafür, das Vorhaben weiterhin so zu begleiten, auch im Hinblick auf den vergleichsweise prozentual niedrigen Anteil an den Kosten für Bildung und Infrastruktur. Er ist auch überzeugt, dass durch die Erweiterung des Museums und die neuen Angebote weitere Besucherkreise erschlossen werden können. Auch andere Unterstützungsmöglichkeiten, zum Beispiel des Kreises im Rahmen der Dokumentation der Industriegeschichte sind im Gespräch. Darüber hinaus sollte das bereits vorliegende persönliche Engagement bedacht werden. Er appelliert die vielfältigen Chancen nicht aus der Hand zu geben.

Zu den Fragen von Frau Bialowons-Sting erklärt Herr Schumann, dass im Gesamtprogramm „Rund um den Siegberg“ seinerzeit beim Projektstart 2014 die energetische Sanierung des Hallenbades Löhrtor eingepreist war. Trotz der danach anderen Entscheidung des Rates konnten die Mittel im Gesamtprogramm gehalten werden und als Grundstock für das Bunkerprojekt genutzt werden. Daraus konnte der Wettbewerb und Planungsleistungen für dieses Projekt finanziert werden mit einem positiven Förderbescheid von 640.000 Euro, wovon ein Teil bereits verausgabt wurde.

Die CDU-Fraktion würde es nach Aussage von Herrn Weber sehr bedauern, wenn dieses Projekt scheitern sollte, das für Stadt Siegen, die Region und darüber hinaus eine besondere Strahlkraft entfalten kann. Besonders die aktive Erlebbarkeit der regionalen Geschichte und der Entwicklung sollen in den neuen Räumlichkeiten im Vordergrund stehen. Unbestritten müssen die Finanzierung und die Kosten solcher Projekte besprochen und abgewogen werden, jedoch sollten auch die Konsequenzen bedacht werden, wenn Modernisierung und Attraktivierung hinten angestellt werden. Nicht zu vernachlässigen ist seines Erachtens auch die städtebauliche Komponente. Zusammenfassend würde er es außerordentlich bedauern, wenn das Vorhaben nicht weiter verfolgt werden sollte, zumal die Kosten für den aktuellen Haushalt nicht entscheidend sein würden. Die Erhöhung des Grundsteuersatzes sei erforderlich, um einen ausgeglichenen Haushalt 2022 vorzulegen und weiterhin als Stadt Siegen selbst handlungsfähig zu sein und resultiere nicht aus einem Ja zu diesem Projekt. Darüber hinaus halte er es für fatal, ein im Grunde seit Jahren positiv begleitetes Projekt abzusagen, was auch auf Seiten der Fördermittelgeber Fragen aufwerfen würde.

Herr Schwarzer kann angesichts der Historie und den positiven kulturellen und städtebaulichen Aspekten das Projekt im Grunde nur unterstützen. Die AfD-Fraktion kann aber trotz allem nicht zustimmen, weil der Haushalt dies nicht zulässt. Auch die Inanspruchnahme von Zuschüssen wird von der Allgemeinheit unterstützt. Die Erhöhung der Grundsteuer dient der Haushaltssicherung, auch wenn sie nicht unmittelbar dem Projekt zuzurechnen ist. Aus Sicht seiner Fraktion genießt das Projekt eine hohe Priorität, es sind aber auch andere Maßnahmen in anderen Bereichen, die vorrangig umgesetzt werden müssen. Daher kann die AfD-Fraktion an dieser Stelle nicht zustimmen.

Frau Schneider hält fest, dass sich die Fraktion Die Linke bisher für das Bunkerprojekt ausgesprochen hat. Festzustellen ist aber auch, dass viele andere gute Ideen diskutiert und beschlossen wurden. So musste man sich zum Beispiel bei „Rund um den Siegberg“ einige Teilprojekten zurückstellen oder sich verabschieden. Bedenken hat sich, dass die Baukosten weiter steigen und bei dem Bunker-Projekt der städtische Eigenanteil zu Lasten anderer Maßnahmen aufgebracht werden muss. Dieses Risiko möchte ihre Fraktion nicht eingehen. In der Abwägung wird es einerseits Menschen geben, die eine Chance als vertan bezeichnen, andererseits wird es aber auch Menschen geben, die das Geld als „gerettet“ ansehen.

Für Herrn Heilmann ist die Formulierung betreffend den Eigenanteil und die weiterführende Argumentation, Fördergelder zurückgeben oder künftig darauf verzichten zu müssen nicht schlüssig. Im Gegensatz zu einigen Vorrednern sieht er das Projekt nicht als gescheitert an, auch wenn zu jetzigen Zeitpunkt kein positiver Durchführungsbeschluss gefasst werden soll-

te. Die Bewältigung des Corona-Schadens und die explodierenden Baukosten sollten aber derzeit im Vordergrund stehen.

Herr Bertelmann sieht in den bisherigen Wortbeiträgen eine grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekt unverändert bestätigt. Die wirtschaftliche und sonstige Entwicklung hat jedoch die Gewichtung in den letzten Monaten hinsichtlich der Finanzierbarkeit verändert. Die Vor- und Nachteile wurden benannt und abgewogen, die Positionen benannt. Daher sieht er die Argumente ausgetauscht und keinen Fortschritt in der Diskussion. Die UWG-Fraktion wird der Variante 1 den Vorrang geben.

Für Herrn Kraft ist die Frage der Deckung der Folgekosten noch nicht hinreichend beantwortet. Derzeit stellt es sich so dar, als verbleibe der größte Teil bei der Stadt Siegen und werde überwiegend aus dem Museumsbetrieb generiert. Bezug nehmend auf die Aussagen von Herrn Fries hält er es für sinnvoll, eine Beteiligung des Kreises zu konkretisieren und diesen für das Siegerlandmuseum in die Verantwortung zu nehmen. Der bisherige Spendenanteil Dritter ist sehr bemerkenswert und belegt eindrucksvoll den Stellenwert des Projektes. Auch in dieser Hinsicht hält er es für zielführend, für eine noch breitere Öffentlichkeitsbeteiligung zu werben, bevor es zu einer Ablehnung kommt.

Herr Walter bestätigt noch einmal für die FDP-Fraktion die grundsätzliche Befürwortung des Projektes. Seine Fraktion sieht jedoch die hohen Folgekosten kritisch. In der Öffentlichkeit wird zudem die in Rede stehende Erhöhung der Grundsteuer B mit dem Projekt in Zusammenhang gesehen.

Herr Rujanski macht deutlich, dass für die SPD-Fraktion zunächst eine Zu- oder Absage von Fördermitteln maßgeblich ist. Erst dann sollte in Kenntnis der vorliegenden Daten die Umsetzung des Projektes diskutiert werden.

Es erfolgt jeweils eine geheime Abstimmung über die Verwaltungsvorschläge getrennt nach Ziffer 1 und 2 der Vorlage.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Entscheidung über die Durchführung der Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum wird bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2022 vertagt.

Die Verwaltung wird angewiesen, die für das Jahr 2022 gestellten Förderanträge bei Land und Bund zurückzuziehen.

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 35 dagegen, 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt

a) die Aufhebung des Beschlusses zur Vorlage 559/2021 aus der Sitzung vom 22.12.2021

und

b) die Durchführung der Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum unter dem Vorbehalt der Förderung und bestätigt die Mittelbereitstellung des Eigenanteils in Höhe von 3 Mio. €.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 31 dagegen, 2 Enthaltungen

11. Rat 12.01.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin